

Jobcenter bleibt an drei Standorten – erst mal

Wolf-Dieter Bojus

8. Oktober 2024



Hilferuf aus dem Jobcenter: Es fehlt an Geld. Als eine Möglichkeit zum Einsparen wurde die Zusammenlegung am Standort Rottweil geprüft. Der Kreistag möchte aber mehrheitlich alle drei Standorte erhalten, neben Rottweil auch Schramberg und Oberndorf. Das Jobcenter wird vom Landkreis und von der Agentur für Arbeit betrieben.

Kreis Rottweil – Die Finanzierung des Jobcenters erfolgt überwiegend aus Bundesmitteln. Zudem werden 15,2 Prozent der Verwaltungskosten vom Landkreis getragen. Die Verwaltungskosten seien bei kleineren Jobcentern wie Rottweil nicht auskömmlich, berichtete Sozialdezernentin Angela Jetter dem Rat: „Grundkosten, die unabhängig von der Größe des Jobcenters entstehen, fallen bei kleinen Jobcentern überproportional ins Gewicht. Dazu gehören Aufgaben und Funktionen, die gesetzlich vorgeschrieben sind und vorgehalten werden müssen und somit einen unvermeidlichen Verwaltungsaufwand mit sich bringen“, so Jetter in ihrem Bericht. Daher müssten Mittel, die eigentlich für Eingliederungsmaßnahmen vorgesehen sind, für die Verwaltungskosten herhalten, berichtete sie. Das war 2023, so ergibt sich aus der Vorlage, mehr als die Hälfte des für Leistungen vorgesehenen Betrags. Das Eingliederungsbudget pro

erwerbsfähigem Leistungsberechtigten lag 2023 im Jobcenter des Schwarzwald-Baar-Kreises bei 811, im Jobcenter Rottweil bei 359 Euro.

Bei den Erfolgen seiner Tätigkeit, so berichtete Jetter, liege das (seit 2012 bestehende) Jobcenter Rottweil „nicht selten“ auf Platz eins im Land.

Simone Zeller, die Leiterin des Jobcenters, berichtet auch, dass es oft sechs bis acht Monate dauere, bis Kunden mit den Sprachkursen beginnen könnten.

Eine Möglichkeit, Verwaltungskosten einzusparen, wäre die Konzentration des Jobcenters auf die Zentrale in Rottweil. Doch das gefiel Landrat Dr. Wolf-Rüdiger Michel nicht: Die erfolgreiche Arbeit des Jobcenters bei der Vermittlung in Arbeitsverhältnisse beruhe zwar einerseits auf dem Engagement der dort Beschäftigten, aber auch auf der guten Erreichbarkeit durch die Dezentralität mit den Außenstellen in Schramberg und Oberndorf. Das Einsparpotenzial durch Schließung der Standorte Schramberg und Oberndorf belaufe sich auf etwas über 200.000 Euro im Jahr.

Daher kam der Antrag aus dem Landratsamt, für die Verwaltungskosten der zusätzlichen Standorte von 2025 bis 2027 jährlich 102.000 Euro zu bezahlen – unter der Voraussetzung, dass die Agentur für Arbeit denselben Betrag zahlt.

Die Gegenposition vertrat Dr. Christian Ruf (CDU): Die Verteilung auf drei Standorte sei „weder innovativ noch zukunftssträftig“. Am Ende liefen die Mehrkosten aus dem Ruder, „das können wir uns nicht leisten.“

Nachdem Michel zusagte, im Sommer 2026 einen Zwischenbericht vorzulegen, gab es eine klare Mehrheit für den Antrag – bei zehn Gegenstimmen.